



Unsere Themen

» Was wollen die Parteien?

Positionen zur Landtagswahl am 9. Oktober 2022.

Seite 4

» Die Sonne bringt es an den Tag

Wasserentnahme im Fuhrberger Feld entzieht den Wäldern die Lebensgrundlage.

Seite 5

Aktuelles

Wolf und Weidetiere – wie geht es weiter?

Lüneburger Heide (lv). Das Aktionsbündnis aktives Wolfsmangement und das Landvolk Niedersachsen laden ein zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Thema: **Wolf und Weidetierhaltung – Wie geht es weiter mit der Wolfspolitik in Niedersachsen?**

Die Informations- und Diskussionsveranstaltung findet statt am Montag, 26. September 2022, von 13 Uhr bis etwa 16.30 Uhr in Pescheks Seminarhotel Luisenhof, Worthstraße 10, 27374 Visselhövede.

Elke Steinbach, Koordination Herdenschutz der LWK, und Jennifer Kraushaar, Betreuung und Koordination Rissbegutachtung der LWK, werden in Impulsvorträge ihren Tätigkeitsbereich vorstellen. An der Diskussion unter Moderation von Jörn Ehlers, Vizepräsident des Landvolk-Landesverbandes, werden teilnehmen: Olaf Lies, Niedersächsischer Umweltminister (SPD), Dr. Marco Mohrmann, Mitglied im Ausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (CDU), Christian Meyer, stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion (Bündnis 90/Die Grünen) und Hermann Grupe, Vorsitzender des Ausschusses ELF (FDP).

Die Teilnahme ist kostenlos. Verbindliche Anmeldung erbeten bis 18. September per E-Mail an sebastian.kuhlmann@landvolk.org.



Ohne Pflanzenschutzmittel erreichte der Mais lediglich Schulterhöhe, während der herkömmlich geführte Bestand eine stattliche Höhe aufweist. Landvolk-Geschäftsführer Werner Maß, Vorsitzender Jochen Oestmann, Landwirt Thore Cordes, Vorstandsmitglied und Kreislandwirt Martin Peters und Geschäftsführer Henning Jensen (v.l.) begutachten das Versuchsergebnis.

Foto: Precht

Zwischen Wut und Fassungslosigkeit

EU-Kommission plant weiträumiges Totalverbot von Pflanzenschutzmitteln

Lüneburger Heide (ccp). „Hier wird nicht der Ast abgesägt, auf dem wir sitzen – hier wird die Hand abgehackt, die uns ernährt.“ Dieser Satz von Martin Peters lässt schmerzhaft spüren, mit welcher Wucht die jüngsten Pläne der EU-Kommission auf den Höfen eingeschlagen sind. Peters ist Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des Landvolk Kreisverbandes Lüneburger Heide und Kreislandwirt in Harburg. Was ihn so erzürnt, ist das von Brüssel geplante Totalverbot von Pflanzenschutzmitteln in sämtlichen Schutzgebieten – dazu gehören u. a. Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete, NATURA-2000-Gebiete und Landschaftsschutzgebiete.

Im Landkreis Harburg wären davon ca. 27.500 Hektar betroffen. Das sind 44 Prozent der Landwirtschaftsfläche bzw. 40 Prozent der Ackerfläche. Im Heidekreis fallen ca. 18.000 Hektar in die Schutzkulisse. Zu etwa einem Viertel ist die Landwirtschaftsfläche einschließlich Grünland betroffen und zu 15 Prozent die Ackerfläche.

Gegenüber der Presse schilderte die Familie Cordes in Undeloh / Wesel zusam-

men mit dem Landvolkverband, welche Auswirkungen die Umsetzung der Brüsseler Pläne für die betroffenen Betriebe hätte. Der Betrieb Cordes liegt mit 200 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche mitten im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide und erprobt seit vielen Jahren Verfahren, um die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln so gering wie möglich zu halten. Dabei wurde im Rahmen des FINKA-Projekts auf Teilflächen getestet, welche Auswirkungen der Verzicht von Insektiziden und Herbiziden auf die Bestände hat. Wie Betriebsnachfolger Thore Cordes berichtete, fiel die Roggenernte 2021 auf den Versuchsflächen um 40 Prozent geringer aus als auf den betriebsüblich geführten Flächen. Gegenwärtig steht der Mais bei Verzicht auf Pflanzenschutz gerade mal schulterhoch, während die Pflanzen auf der Vergleichsfläche einen guten halben Meter höher gewachsen sind (siehe unser Foto). Die bei einem Totalverzicht auf Pflanzenschutz auftretenden Mindererträge würden den Betrieb Cordes, der Biogasanlage, 100 Sauen- und 1.000 Schweinemastplätzen betreibt, vor kaum lösbare Probleme stellen – und so geht es vielen Betrieben in den Schutzgebieten.

Aus der Vergangenheit weiß Familie Cordes, dass es auch anders geht. In der Wasserschutzkooperation und in regionalen Absprachen über kombinierte Einsätze hat man bisher Wege gefunden, die für alle Seiten gangbar waren. Aber der gesamten EU jetzt genormte Maßnahmen überstülpen zu wollen, würde Praxisferne und Politverdrossenheit auf die Spitze treiben. Tiefe Frustration verbreitet der EU-Plan bei allen, die an Schutzgebietsverordnungen auf Kreisebene gefeilt und verhandelt haben und sich am Ende einig waren, sich ein Stück näher gekommen zu sein. Jetzt – so das Fazit – macht Brüssel mit einem Federstrich möglicherweise alles zunichte.

Henning Jensen nannte das Totalverbot als schlechtestes aller verfügbaren Mittel, da es die höchsten volkswirtschaftlichen Kosten verursache. „Verbote bieten keine Wahlmöglichkeit und blockieren auch Maßnahmen, die hohe Effizienz versprechen und ein hohes Nutzen-Kosten-Verhältnis liefern.“

Hintergründe und eine umfangreiche Stellungnahme des Landvolks lesen Sie auf Seite 3.

Rohstoffe beflügeln Milchpreis

Notierungen erreichen Rekordmarken / Weißes Sortiment weltweit knapp

Lüneburger Heide (ccp). Konnten Schlepperdemos, Branchengespräche und Lagerblockaden allenfalls Trostpflaster erstreiten, schickt der Weltmarkt den Milchpreis plötzlich in ungeahnte Höhen. Vor Kurzem schienen Erzeugerpreise von 50 Cent je Liter Rohmilch noch Utopie – jetzt erreichen die Notierungen Werte bis 59 Cent.

Der Hebel kommt eindeutig vom internationalen Handel. Dabei wirken die Kräfte keinesfalls in dieselbe Richtung. Da sind einerseits steigende Verbraucherpreise, die viele Kunden zum Sparen zwingen. Das bremst vor allem den Absatz für hochpreisige Milchprodukte im In- und Ausland. Hinzu kommen massive logistische Probleme – unter anderem wegen der Unberechenbarkeit des größten Milchimporteurs China. Deutschland ist Nettoexporteur von Waren des weißen Sortiments und mit den internationalen Lieferketten eng verflochten.

Auf der anderen Seite ist das Angebot an Rohmilch und Milchprodukten weltweit knapp. Seit über einem Jahr schrumpft die Milchproduktion in den sieben größten Exportregionen für Milchprodukte (EU, USA, Neuseeland,

Australien, Brasilien, Argentinien und Uruguay). Diese Regionen haben mit schlechtem Wetter oder Margenerosion zu kämpfen, was zu einem Angebotsdefizit führte, das bereits im zweiten Halbjahr 2021 viel größer war, als zuvor erwartet wurde. Allein in Deutschland hat die Erzeugung um drei Prozent abgenommen – einen jährlichen Rückgang in dieser Dimension hat es vorher kaum gegeben.

Trotzdem bleibt ein rasanter Anstieg des Milchpreises auf über 50 Cent ein besonderes Phänomen, da bisher die 40-Cent-Marke eine Schallmauer zu sein schien.

Die Schallmauer entstand dadurch, dass bei diesem Preis die Nahrungsmittelindustrie umschwenkte und ihren Bedarf an Eiweiß und Fett nicht mehr aus der Milch, sondern aus anderen Rohstoffen deckte. Mit der Preisexplosion der pflanzlichen Fett- und Eiweißträger greift dieser Substitutionseffekt nicht mehr und der Himmel ist offen für den Milchpreis.

Als Treiber der raschen Preissteigerung erwies sich auch der internationale Markt für Massengüter der Milchproduktion (Bulk-Produkte) wie z. B. Milchpulver. Für Magermilchpulver

schossen die Kurse in Jahresfrist von 2.000 Euro je Tonne auf 3.500 Euro in die Höhe. Dies ist auch der Grund dafür, dass die norddeutschen Molkerieen dieses Mal bei den Auszahlungspreisen die Nase vorn hatten. Sie sind stärker in der Erzeugung von Bulk-Produkten engagiert, während die Süddeutschen auf eine hohe Wertschöpfung ihrer Milchwerke setzten. Mit dieser Strategie führten sie die Liste der Auszahlungspreise in der Vergangenheit meistens an, kamen jetzt aber mit Preissteigerung bei Käse und anderen Spezialitäten erst langsam hinterher.

Welche Signale senden diese Daten für die Zukunft?

Das weltweite Milchangebot wird den entscheidenden Einfluss auf die Milchpreise behalten. Die Rabo-Bank, das holländische Spitzeninstitut der Genossenschaftsbanken, schreibt dazu: In der Vergangenheit hat sich die Produktion meist rasch erholt und frühere Höchststände übertroffen, aber jetzt gibt es erhebliche strukturelle Probleme, die eine deutliche Erholung der Produktion einiger wichtiger Exporteure einschränken dürften.“

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar



Liebe Leserinnen und Leser,

wir lieben die Sonne. Sie gilt als Symbol der Lebendigkeit und des Lebens. Und gleichzeitig verkörpert sie mit ihrer unvorstellbaren Energie auch eine Kraft, die alles zerstören kann. Wie nah Wachstum und Zerstörung zusammenliegen, weiß die Landwirtschaft, so lange sie existiert. Mit diesem Sommer und einer weiteren Dürre hat sich jedoch die Gewissheit bestärkt, dass das Kräfteverhältnis gefährlich gestört ist.

Die Ursachen liegen auf der Hand. Wir haben unserem Planeten Erde mehr Narben zugefügt als jede andere Generation zuvor. Wir haben uns an den Schätzen der Natur reich bedient, haben Kohle, Öl und Gas aus dem Boden gefördert und die Rückstände so massenhaft in die Luft geblasen, dass die sensible atmosphärische Hülle den Erdball nicht mehr hinreichend temperieren kann.

Gleichzeitig sind wir auf der Spirale des steigenden Wohlstands immer ein bisschen höher geklettert – wollen nicht sehen, dass die Luft im wahren Sinne des Wortes dünner wird – dass wir mehr ernten als wir säen.

Teile der natürlichen Grenzen auf unserem Planeten sind bereits überschritten. Die Länder am Äquator und auf der südlichen Erdhalbkugel leiden darunter schon lange. Selbst in gemäßigten Zonen mehren sich die Unwetter, geraten die Ernten in Gefahr.

Die auf breiter Front steigenden Preise, die uns die Knappheit von Energieträgern anzeigen, sind in diesen Zeiten ein Sendebote der Zukunft, auch wenn sie teilweise andere Ursachen haben. Sie zwingen uns jedoch zum sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Aber haben wir Sparsamkeit nicht längst verlernt? Gibt es noch die Alltagskompetenzen der Sparsamkeit.

Um Gas zu sparen, wird in unserem Land über die Wassertemperatur und die Verweildauer beim Duscbad diskutiert und wenn Winfried Kretschmann, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg zu bedenken gibt, dass es zur Not ja auch noch einen Waschlappen gibt, erntet er Hohn und Spott. Dabei gehört genau diese als altmodisch erscheinende Achtsamkeit für Strom, Gas, Lebensmittel und für all die so selbstverständlich erscheinenden Dinge wieder in unsere Zeit.

Der ländliche Raum hat immer unter Beweis gestellt, kritische Herausforderungen mit einer lebensstüchtigen Bodenständigkeit zu meistern. Wer denn, wenn nicht wir, sollte sich zu rechtfinden in einer Gesellschaft der Zeitenwende, in der sparsame Lebensführung und die Notwendigkeit zum Teilen größer wird.

Cord-Christian Precht
Redaktion der Landvolk-Zeitung

LV MEDIEN

Verlag LV Medien GmbH
Hauptstr. 36-38, 28857 Syke

So erreichen Sie uns:

Redaktion und Anzeigen:

☎ 05162 903100

Fax 05162 903139

E-Mail: infofb@lv-lueneburger-heide.de
www.lv-lueneburger-heide.de

Dürre lässt Erwartungen sinken K+S verdiente sehr gut

Mais, Kartoffeln und Rüben leiden unter Wassermangel

Lüneburger Heide (ccp). Noch vor ein paar Wochen waren die Ernteaussichten für Rüben, Kartoffeln und Mais verhalten positiv. Niemand wollte in Betracht ziehen, dass die Dürre unverändert auf den Feldern lastet. Doch der Zuwachs schrumpfte und selbst die Beregnung konnte bei der extremen Belastung der Pflanzen keinen Ausgleich schaffen. Inzwischen wurden die Erwartungen auf breiter Front nach unten korrigiert. Die Erträge dürften den langjährigen Durchschnitt kaum erreichen. Was für die Hackfrüchte gilt, trifft auch für die Raufutterernte zu. Nach dem zweiten Schnitt ist die Vegetation auf vielen Grünlandflächen und beim Ackergras fast zum Erliegen gekommen.

An den Maisfeldern offenbart sich die Situation am deutlichsten. Während

die Bestände auf frischeren Standorten durchaus gut entwickelt sind, blieben sie in Trockenlagen nur tischhoch. Vielfach bildeten die Pflanzen kaum Kolben aus, sodass die Nutzung als Energielieferant weitgehend ausfällt.

Milchviehhalter sind überwiegend mit einem guten Futtermittelvorrat aus dem Jahr 2021 in die neue Ernte gegangen. Nimmere treibt sie allerdings die Sorge um, wie bei geringer Gras- und Maisernte der Grundfutterbedarf für die die nächste Saison gedeckt werden soll. Dabei tröstet der außerordentlich gute Erzeugerpreis für Milch, der im August bis 59 Cent je Liter kletterte.

Am Kartoffelmarkt ist die Stimmung gedrückt. Auch nach Ferienende wird von einer schleppenden Nachfrage berichtet. Auf den Feldern schreiten die Rodearbeiten voran, nachdem die Ab-

reife früh eingesetzt hat. Da die Bestände im Frühjahr einen durchweg guten Knollenansatz hatten, blieb die Ware bei mangelnder Wasserversorgung recht kleinfallend. Zudem belastet Drahtwurmbefall die Qualitäten, sodass man mit höheren Absortierungen und einem verringerten vermarktungsfähigen Anteil rechnet.

Wie der Zuckerrübenanbauverband meldet, zeigen die zweiten Proberodung gegenüber der ersten Proberodung ein schlechteres Ergebnis. Derzeit werden Rüben erträge erwartet, die unter dem fünfjährigen Durchschnitt liegen. Die weiteren Zuwächse werden sehr stark abhängig von den hoffentlich noch einsetzenden Niederschlägen sein. Die Zuckergehalte werden derzeit sehr positiv eingeschätzt. Im Werk Uelzen hat die Kampagne am 12. September begonnen.

K+S verdiente sehr gut

Preissteigerungen machten höhere Kosten mehr als wett

Lüneburger Heide (lv). Die K+S AG (früher Kali und Salz AG) mit Sitz in Kassel meldet für das zweite Quartal 2022 einen Umsatz von 1,5 Milliarden Euro (Vorjahr: 0,664 Milliarden Euro). Für das erste Halbjahr 2022 wird der Umsatz mit 2,7 Milliarden Euro angegeben, was nahezu einer Verdoppelung des Wertes von 2021 (1,4 Mrd. Euro) entspricht.

Beim Ergebnis gab es eine Vervielfachung von 112 auf 706 Millionen Euro im Quartals- und von 237 Millionen auf 1,2 Milliarden Euro im Halbjahresvergleich.

Als Gründe nannte das Unternehmen deutlich höhere Durchschnittspreise in seinen beiden Kundensegmenten Landwirtschaft und Industrie. Das habe die gestiegenen Kosten mehr als ausgleichen können.

Nutzung der App freiwillig

Mit eigenen Fotos in FANI Unstimmigkeiten ausräumen

Lüneburger Heide (lv). In der nächsten Zeit werden Betriebe wieder aufgerufen, auf digitalem Wege zur Klärung von Fragen zum GAP-Agrarantrag 2022 beizutragen. In Niedersachsen geschieht dies über die FANI-APP. Mit Hilfe von Fotos können Landwirte eigenständig mögliche Unstimmigkeiten ausräumen. Hierbei handelt es sich um Klärung von Ökologischen Vorrangflächen (ÖVF), um Sicherstellung der Mindestnutzung auf Stilllegungsflächen und zum Nachweis der landwirtschaftlichen Tätigkeit auf Grünlandflächen. Die Teilnahme an diesem Verfahren ist in diesem Jahr freiwillig.

Gibt es zu einzelnen Antragsflächen seitens der prüfenden Stellen noch Klärungsbedarf, werden Aufträge für die App bereitgestellt. Sobald die Aufträge bereitgestellt sind, gibt es die Möglichkeit, diese herunterzuladen und jeweils Fotos nach fest-

gelegten Vorgaben hochzuladen.

Achtung: Bei der Antragstellung wurde im Agrarantrag ggf. notiert, welche Zwischenfrüchte und Untersaaten ÖVF-bedeutend sind und welche „nur“ zur Erfüllung des Fruchtwechsels angebaut werden. Da der Fruchtwechsel im nächsten Jahr nicht gefordert ist, entfällt die Bedeutung der nicht-ÖVF-Zwischenfrucht- und Untergrasflächen. Hierfür braucht man keinen Änderungsantrag zu stellen, falls man diese Zwischenfrüchte und Untersaaten nun nicht mehr ausführt. Die Bewilligungsstellen möchten einzig Modifikationsanträge für ÖVF-Flächen sehen. Hierbei kann auch nur noch auf Zwischenfrucht umgestellt werden oder eine Zwischenfruchtfläche gewechselt werden (Das ist wie immer).

Basisjahr für den Fruchtwechsel ist allerdings 2022! Das müssen alle Betriebe bedenken. Nach spätestens drei Jahren ist ein Wechsel angesagt – also 2024

Weideprämie kommt 2023

75 Euro pro Milchkuh / Im Sommer sechs Stunden Ausgang

Lüneburger Heide (lv). Niedersachsen führt in der neuen EU-Förderperiode ab 2023 eine Sommerweideprämie für Milchkühe ein. Dies teilte Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast in einem Gespräch mit Verbandsvertretern der Milchwirtschaft mit. Die Prämienhöhe beträgt 75 Euro je Milchkuh in der konventionellen Landwirtschaft sowie 51 Euro in der ökologischen Landwirtschaft. Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast: „Mit der Sommerweideprämie setze ich auf eine verlässliche Förderung der Milchkuhhalter. Niedersachsen hat die Sommerweideprämie daher in der nächsten EU-Förderperiode fest in der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik verankert.“

Der Weidezeitraum wird für alle Betriebe einheitlich festgelegt: Möglich ist

eine Förderung für Betriebe, die ihre Tiere vom 16. Mai bis zum 15. September für mindestens sechs Stunden pro Tag auf der Weide halten. Die Bemessungsgrundlage für die Zuwendung ist die Anzahl an Milchkühen, die im Weidezeitraum durchschnittlich gehalten wird. Außerdem ist den Weidetieren ein freier Zugang zu einer ausreichend großen und jederzeit zugänglichen Tränke zu gewähren. Eine Zufütterung auf der Weide ist untersagt. Pro Milchkuh müssen mindestens 2.000 Quadratmeter Grünland (davon 1.000 Quadratmeter Weidefläche) zur Verfügung stehen. Der Weidegang muss auf Dauergrünland, Dauerweideland oder Wechselgrünland erfolgen.

Die Antragstellung soll vollständig digital erfolgen und ab 2023 in den Sammelantrag (ANDI) integriert werden. Die erste Zahlung ist für Anfang 2024 vorgesehen.

Drei Jubilare geehrt

Sylke Habermann, Rainer Lohmann und August Hornbostel 80 Jahre beim Landvolk

Lüneburger Heide (lv). Was wäre der Landvolk-Verband ohne seine Mitarbeiter? ...einfach nicht vorstellbar! Für ein modernes Dienstleistungsunternehmen ist ein engagiertes Team die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit. Gelingt es dann, bewährte Kräfte auch über viele Jahre im Unternehmen zu halten, ist das ein Beweis dafür, dass hier nicht nur die Leistung zählt, sondern dass die gegenseitige Wertschätzung weit über die tägliche Arbeit hinausgeht.

Sylke Habermann, Rainer Lohmann und August Hornbostel verkörpern diesen besonderen Landvolk-Geist im Grünen Zentrum in Bad Fallingbostel. Gemeinsam vereinen sie 80 Dienstjahre beim Kreisverband – auch wenn die Organisation bei Beginn der Beschäftigung noch etwas anders gestrickt war.

Sylke Habermann hat beim Landvolk vor 20 Jahren mit der Erfassung von Buchführungsdaten begonnen. Seit acht Jahren ist sie Dreh- und Angelpunkt am Empfang des Grünen Zentrums (Zentrale). Dort ist sie Ansprechpartner für unsere Mitglieder, organisiert den Ein- und Ausgang der Post und sorgt durch die Digitalisierung der Papierbelege dafür, dass auch im Homeoffice mit tagesaktuellen Unterlagen gearbeitet werden kann. Wir danken Sylke Habermann für Ihre Zuverlässigkeit und die stets gute Arbeit für die Mitglieder sowie für die organisatorische Unterstützung der Kollegen.

Rainer Lohmann ist seit 30 Jahren Mitarbeiter in unserer Buchstelle. Die damalige Geschäftsstelle Walsrode war sein erster Dienort. Als ausgebildeter Landwirt absolvierte er die Fortbildung zum Fachagrarwirt Rechnungswesen und wurde Ansprechpartner für eine

Vielzahl von Betrieben bei Buchführungs- und Steuerfragen. Indem er seine Tätigkeit als Nebenerwerbslandwirt fortsetzte, behielt er den sicheren Blick für die Belange der landwirtschaftlichen Praxis. In der allerersten Amtsperiode nach Gründung des vergrößerten Kreisverbandes war er Mitglied des Betriebsrats. Wir danken Rainer Lohmann für seinen Einsatz für die Buchstellenmandate, seine Verbundenheit zum Landvolk sowie seinen Einsatz für das Kollegium. Die stets hervorragende Integration der neuen Mitarbeitenden sowie die Mitorganisation von betrieblichen Events gehören zu seinen weiteren Verdiensten.

August Hornbostel begann seine Tätigkeit beim Landvolk vor 30 Jahren in der Buchstelle der damaligen Geschäftsstelle Soltau. Er machte eine Fortbildung zum Fachagrarwirt Rech-

nungswesen und wurde Ansprechpartner für eine Vielzahl von Betrieben bei Buchführungs- und Steuerfragen.

Seinen eigenen Betrieb hat der ausgebildete Landwirt im Nebenerwerb fortgeführt und auch seine Liebe zur Musik stets gepflegt.

Der Landvolk-Kreisverband Lüneburger Heide dankt August Hornbostel für seinen langjährigen engagierten Einsatz für die Buchstellenmandate. Mit seiner Bereitschaft, als Flexirentner auch über das notwendige Maß hinaus für das Landvolk tätig zu sein, bewies er dem Verband seine besondere Verbundenheit.

Fortsetzung von Seite 1

Rohstoffe beflügeln Milchpreis

In Deutschland und den Nordstaaten der EU begrenzt die Nährstoffproblematik die Aufstockung der Herden. Weil organischer Dünger auf den verfügbaren Flächen nicht unterzubringen ist, sind viele Betriebe dazu übergegangen, ihre Rinder-Nachzucht nicht mehr selbst zu betreiben. Dies hat strukturell zu einem riesigen Mangel an Jungvieh geführt. Zumindest kurzfristig sind damit einer Aufstockung der Bestände enge Grenzen gesetzt. Stallneubauten sind allenfalls nach einer Genehmigungszeit von fünf Jahren realistisch und derzeit sind so gut wie keine Projekte im Rohr.

Auch die Wiedernutzung von Altbauten dürfte ausscheiden. Ehemalig leidenschaftliche Milchbauern haben über viele Jahre so viel Selbstausschöpfung der eigenen Arbeitskraft betrieben und haben Kapital und Boden unter Marktwert eingesetzt, dass auf diesen Betrieben eine Rückkehr zur Milchviehhaltung kaum zu erwarten ist.

Zumindest für das nächste Halbjahr weisen alle Zeichen auf einen festen Milchmarkt hin. Da die Preise stärker

gestiegen sind als die Kosten, lässt sich beim Melken Geld verdienen und Löcher, die sich in schwierigen Zeiten aufgetan haben, können gestopft werden.

Gleichwohl bestimmen große Unsicherheiten die Weltwirtschaft. Der internationale Handel mit Molkereiprodukten ist ein sensibler Teil davon und Störungen können blitzschnell auf das lokale Preisgeschehen durchschlagen. Die Gefahr für Anbieter von Rohwaren wie Milch lauert dann im sogenannten Sperrklinneneffekt: Das eigene Produkt erleidet zwar empfindliche Preisabschläge, aber die Kosten werden wie bei einer blockierten Winde auf hohem Niveau gehalten. Diese Gefahr ist gerade dann erheblich, wenn eine verzweigte Nachfrage nach Betriebsmitteln auf

wenige große Anbieter trifft, wie es in der Landwirtschaft üblich ist.

Zumindest im Lohnbereich dürfte der Sperrklinneneffekt seine Wirkung entfalten. Wer Mitarbeiter gewinnen oder halten möchte, wird aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten eine entgegenkommende Lohnpolitik betreiben. Abstriche sind dann später kaum noch möglich.

Trotz des gegenwärtigen Höhenfluges bleiben die Risiken in der Milchherzeugung hoch – vor allem, wenn man im Vertrauen auf die gute Marktlage hohe Wetten auf die Zukunft eingeht. Das Ziel der betriebswirtschaftlichen Stabilität sollte daher in unsicheren Zeiten vor dem Ziel der kurzfristig erzielbaren Rentabilität stehen.

Der große Unterschied zwischen Preisen für konventionelle Milch und Biomilch ist stark gesunken. Mit Notierungen von 59 Cent je Liter ist die konventionelle Sparte den Ökos mit etwa 62 Cent dicht auf den Fersen. Damit entspricht die Produktionsmenge von Biomilch etwa 4,2 Prozent der

insgesamt in Deutschland erzeugten Milchmenge. Die Hälfte der gesamten deutschen Biomilch wird in Bayern erzeugt, wo die Biomilchproduktion 2022 um 6,1 Prozent zugenommen hat. Dieser sehr kräftige Produktionsanstieg dürfte den Preisanstieg bei Bio zumindest gebremst haben.



SCHNEVERDINGER
Versicherungsverein a. G.



Landwirtschaftliche Betriebe kompetent abgesichert.

www.svvg.de | Telefon 05193-986 91-0

EU-Kommission schnürt Paket mit Sprengkraft

Landvolk nimmt Stellung: Hintergründe – Inhalte – Positionen - Forderungen

Der auf EU-Ebene verhandelte Green Deal sieht Verbesserungen für Klima und Umwelt in Europa vor. Er soll die Transformation zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft darstellen. Ab 2050 soll kein Ausstoß von Netto-Treibhausgasen mehr erfolgen - Wachstum soll von der Ressourcennutzung entkoppelt werden - niemand, weder Mensch noch Region, wird im Stich gelassen.

Im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft wurden zur Konkretisierung des Green Deals die „Farm to Fork-Strategie“, der Aktionsplan für Schadstofffreiheit sowie die EU-Biodiversitätsstrategie 2030 durch die EU-Kommission verhandelt und vorgestellt. Die Ziele der Strategien sind u. a.:

- 50 Prozent Senkung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes sowie -risikos bis 2030 im Vergleich zum Durchschnitt 2015-2017
- 25 Prozent ökologische Landwirtschaft bis 2030
- 20 Prozent Reduktion des mineralischen Düngereinsatzes 2030
- 10 Prozent Ökologische Vorrangflächen bis 2030
- Halbierung des Nährstoffüberschusses bei der Düngung bis 2030

Zur Erreichung dieser Ziele werden nun in unterschiedlichen Rechtsbereichen EU-Verordnungen entwickelt, die konkrete Maßnahmen vorsehen. Die EU-Verordnungen sind von den Mitgliedstaaten umzusetzen und zu kontrollieren.

Der Entwurf der EU-Kommission für eine Verordnung zur Reduzierung des Risikos und des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln liegt seit einigen Wochen vor und hat in der Landwirtschaft heftige Reaktionen ausgelöst. Bis zum 19. September sind Verbände und be-

troffene Landwirte zur Stellungnahme aufgerufen.

Inhalt des Verordnungsentwurfs zur Pflanzenschutzmittelreduktion

- Totalverbot von Pflanzenschutzmitteln in sämtlichen Schutzgebieten unabhängig vom eigentlichen Schutzziel des Gebietes (u. a. Naturschutzgebieten, Landschaftsschutzgebieten, Wasserschutzgebieten, NATURA-2000-Gebieten)
- Staatlich verordneter kulturartenabhängiger Pflanzenschutzplan
- Dokumentation und elektronische Meldung der Entscheidung zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln
- Dokumentation und elektronische Meldung erfolgter Pflanzenschutzmaßnahmen
- Verpflichtende Schulung der Anwender und verpflichtende Beratung
- Elektronische Meldung des Besitzes von Geräten zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sowie regelmäßige technische Überprüfung
- Ggf. finanzieller Ausgleich der Einschränkungen für fünf Jahre über die gemeinsame Agrarpolitik

Auswirkungen / Betroffenheit der Verordnung zur Pflanzenschutzmittelreduktion:

- Landkreis Harburg: ca. 27.500 Hektar (44 Prozent der Landwirtschaftsfläche, 40 Prozent der Ackerfläche)
- Landkreis Heidekreis: ca. 18.000 Hektar (24 Prozent der Landwirtschaftsfläche, 15 Prozent der Ackerfläche)
- Betrifft konventionelle wie ökologische Betriebe, da im VO-Entwurf Pflanzenschutzmittel (PSM) nicht differenziert werden. Auch im Ökologischen Landbau werden dort zulässige PSM eingesetzt (z. B. Kupferpräparate im Kar-

toffelanbau, Wein- oder Obstbau)

- Ertragseinbußen bis hin zur Einstellung des Anbaus bestimmter Kulturarten
- Erhebliche Steigerung der Ertragschwankungen
- Mittelfristig und langfristig kein finanzieller Ausgleich für Produktionsauflagen bei Feldfrüchten, die zu Weltmarktpreisen gehandelt werden
- Umkehr vom Getreideselbstversorger zu einem Netto-Importeur
- Zunahme der Importabhängigkeit bei Nahrungsmitteln
- Lebensmittelpreissteigerung von Grundnahrungsmitteln
- Verringerung der Ernährungssicherheit
- Verlagerung der negativen Umweltwirkungen in Nicht-EU-Länder, aus denen verstärkt Agrarprodukte importiert werden

Unsere Position:

Der Landvolk Niedersachsen Kreisverband Lüneburger Heide e. V. lehnt den Verordnungsentwurf strikt ab. Wir bekennen uns zur grundsätzlichen Zielrichtung des Green Deals, den Einsatz und das Risiko von Pflanzenschutzmitteln weiter zu reduzieren.

Das Reduktionsziel über ein undifferenziertes Verbot von PSM zu erreichen, sehen wir als eine der schlechtesten Möglichkeit an. Die volkswirtschaftlichen Kosten eines Verbotes stehen nicht im Verhältnis zu den Kosten von alternativen Wegen zur Erreichung des Ziels. Die landwirt-

schaftlichen Betriebe werden gegenüber Nicht-EU-Betrieben klar benachteiligt, da sie mittelfristig mit höheren Auflagen zu Weltmarktpreisen produzieren müssen. Die Schutzzwecke der einzelnen Schutzgebiete werden nicht berücksichtigt. In Teilen kann das Verbot hier sogar negative Auswirkungen haben, wenn z. B. in Vogelschutzgebieten statt der Pflanzenschutzspritze die mechanische Hacke und der Striegel in der Brutzeit zur Beikrautregulierung zum Einsatz kommt. Bei unveränderter Nachfrage werden wir EU-weit die Nahrungsmittelimporte erhöhen und dadurch die Abhängigkeit von anderen Staaten herbeiführen sowie negative Umweltwirkungen intensiver Produktion in Drittstaaten verlagern. Die mit dem Verordnungsentwurf einhergehenden bürokratischen Pflichten und damit verbundene Kosten stehen nicht im Verhältnis zum Nutzen. Eine Berücksichtigung bestehender nationaler Vorsorgeinstrumente wie z. B. der „Pflanzenschutzspritzen-TÜV“ oder der „Sachkundenachweis Pflanzenschutz“ für Anwender finden keine Berücksichtigung. Die Umsetzung der Verordnung stellt einen wesentlichen und verfassungsrechtlich fragwürdigen Eingriff in das Eigentums- und Berufsrecht dar.

Wir sprechen uns aus für:

Wir sind der Auffassung, dass ein konsensueller Verhandlungsweg im Interessenausgleich für die Schutzgüter auf der einen Seite und die Belange der Nahrungsmittelproduktion auf der anderen Seite zu einem höheren Niveau an Umweltleistungen bei geringeren volkswirtschaftlichen Kosten

führt. Gerade in der heutigen Krisenzeit sollte die Nahrungsmittelherzeugung in Deutschland erhalten und die Abhängigkeit von Drittstaaten vermieden werden. Dadurch kann auch mittelfristig die Ernährungssicherheit gewährleistet werden. Eine einseitige Kostenumwälzung auf die landwirtschaftlichen Betriebe sowie zusätzliche bürokratische Auflagen führen zu weiteren Betriebsaufgaben. Es gilt die landwirtschaftlichen Familienbetriebe zu erhalten. Daher sprechen wir uns aus für einen langfristigen finanziellen Ausgleich für Produktionsauflagen, die die Landwirte auf dem Weltmarkt sonst klar benachteiligen. Die Pflanzenschutzreduktionsziele sollten wir verstärkt durch Anreize und Verteilungsmodelle erreichen, die den Landwirten eine unternehmerische Entscheidung für die Erzeugung und den Einsatz von Produktionsmitteln unter Berücksichtigung der Kosten für negative Umweltwirkungen ermöglichen. Bisher erfolgreich angewendete Schulungs-, Beratungs- und Kontrollmodelle sollten weiterentwickelt und ausgebaut werden, anstatt neue Bürokratiemonster zu schaffen.

Wir werden bis zum 19. September eine entsprechende Stellungnahme bei der EU einreichen und fordern unsere Mitglieder auf, sich an der Konsultation zu beteiligen. Unterstützung dazu erhalten alle Mitglieder in den Geschäftsstellen. Darüber hinaus werden wir die Gespräche zu unseren politischen Vertretern der Wahlkreise auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene suchen und uns so für eine Änderung des Verordnungsentwurfs einsetzen.

Nährstoffmanager empfiehlt seine Dienste

Ackerschlagkartei effektiv führen / Aufgaben bündeln



Das Team der Düngeberatung in Bad Fallingb.: Christoph von Alven, Henrike Bremer, Christiane Kusel und Björn Bellmann (v. l.)

Foto: FSR

Lüneburger Heide (lv). Stoffstrombilanzen – Düngebedarfsermittlungen – ENNI-Meldungen und viele andere behördliche Vorgaben sind von landwirtschaftlichen Betrieben fristgerecht zu erfüllen. Zur Erleichterung im Alltag bietet die Düngeberatung des Landvolk-Kreisverbandes ein Meldesystem an, das Datenerfassung, Datenmeldung und Führung der Ackerschlagkartei bündelt und zudem von unterwegs als auch vom heimischen PC geführt werden kann.

Die Landberatung und das Landvolk arbeiten dabei mit dem Nährstoffmanager der AG Landberatung. Er umfasst alle notwendigen Werkzeuge für die geforderten Aufzeichnungen in dem Bereich Nährstoffmanagement und kann auch die Daten in ENNI einpflegen. Das System beinhaltet auch eine Ackerschlagkartei, die sowohl von Beraterseite als auch vom Landwirt geführt werden kann.

Gerade jetzt im Herbst wäre der richtige Zeitpunkt, um in diese Form der Ackerschlagkartei einzusteigen. Der Landwirt kann dabei entscheiden, ob er diese Ackerschlagkartei Zuhause am

PC führen möchte oder die entsprechende App nutzen möchte und die Daten gleich über sein Handy eingibt. Weiterhin kann er festlegen, ob er für die Pflege die Dienstleistung des Landvolks in Anspruch nehmen möchte.

Die Daten aus der Ackerschlagkartei können für alle weiteren Berechnungen herangezogen werden. Dadurch ergeben sich für alle Seiten Erleichterungen in der Dokumentation und es findet eine Kontrolle der Daten auf Plausibilität und Konformität statt. Die Erfüllung der amtlichen Vorgaben ist hierbei gewährleistet.

Die Vorteile der Nutzung im Überblick:

- Die Berater schauen noch einmal rüber
- Übersicht über den PSM- und Düngemittelverbrauch
- App-Nutzung möglich (Datenpflege von unterwegs)
- Daten können für die „Enni-Meldung“ „Dokumentation der Düngung“ und weitere Auswertungen genutzt werden (Sie brauchen uns weniger Daten schicken).



Wenn man gemeinsam individuelle Lösungen schafft. Bei finanziellen Wünschen und Zielen unterstützen wir Sie als kompetenter Partner.

Sprechen Sie uns gerne an.



spkhh.de
skk-soltau.de
skk-walsrode.de

Wenn's um Geld geht
Sparkasse Harburg-Buxtehude
Kreissparkasse Soltau
Kreissparkasse Walsrode

Was wollen die Parteien?

Positionen zur Landtagswahl am 9. Oktober 2022

Lüneburger Heide (ccp). Am 9. Oktober 2022 wird der Niedersächsische Landtag für die nächsten fünf Jahre neu gewählt. Mindestens 135 Abgeordnete werden dann durch das Wählervotum in das Leineschloss entsandt. Da Niedersachsen in 87 Wahlkreise aufgeteilt ist, wird die gleiche Zahl an Direktkandidaten in das Landesparlament einziehen. Die Direktkandidaten werden mit dem ersten Kreuz auf dem Stimmzettel gewählt. Mit dem zweiten Kreuz wird die Landesliste einer Partei gewählt. Die hier gesammelten Stimmen entscheiden über die (mindestens) 48 weiteren Mandate.

Unser Verbandsgebiet umfasst fünf Wahlkreise:

Wahlkreis 48 (Soltau) im Heidekreis mit den Städten Munster, Schneverdingen, Soltau, und den Gemeinden Bispingen und Neuenkirchen

Wahlkreis 49 (Walsrode) im Heidekreis mit den Städten Bad Fallingb., Walsrode sowie der Gemeinde Wietendorf, den Samtgemeinden Ahlden, Rethem (Aller) und Schwarmstedt und dem gemeindefreien Bezirk Osterheide

Wahlkreis 50 (Winsen) im Landkreis Harburg mit der Stadt Winsen (Luhe), und den Gemeinden Stelle und den Samtgemeinden Elbmarsch, Hanstedt, Salzhäusen.

Wahlkreis 51 (Seevetal) im Landkreis Harburg mit den Gemeinden Neuwulmstorf, Rosengarten, Seevetal.

Wahlkreis 52 (Buchholz) im Landkreis Harburg mit der Stadt Buchholz in der Nordheide und den Samtgemeinden Hollenstedt, Jesteburg, Tostedt.

Die Redaktion der Landvolk-Zeitung hat die Regierungsprogramme der SPD, der CDU, der Grünen, der FDP und der AfD unter die Lupe genommen und versucht, die umfangreichen Kataloge auf landwirtschaftliche Themen zu konzentrieren. Dabei ging es vor allem darum, Standpunkte mit besonderer Bedeutung für die landwirtschaftliche Praxis zu benennen, Unterschiede herauszustellen und parteipolitisch charakteristische Programmpunkte aufzuzeigen.

Wir haben die Darstellung gegliedert nach den Themenschwerpunkten: Strukturelle Entwicklung – Energiepolitik – Klima und Umwelt – Verbraucherinteressen / Nahrungsmittelsicherheit und Tierhaltung.

Die inhaltlichen Schwerpunkte, die Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen setzen, weichen teilweise von den Programmen ihrer Landesverbände ab. Die hier vorgestellten Informationen bieten sich daher als gute Diskussionsgrundlage bei Veranstaltungen mit den Bewerbern vor Ort an.

Der Landvolk-Kreisverband Lüneburger Heide wird die gewählten Vertreter nach der Wahl zu Gesprächen einladen, um die aktuellen Herausforderungen der Branche zu besprechen und das Verständnis sowie das Interesse der Volksvertreter für landwirtschaftliche Themen zu wecken.

Zur Entwicklung der Agrarstruktur gibt es folgende Aussagen:

SPD:

Wir werden die Beratungsangebote in jenen Bereichen deutlich ausbauen, in denen Chancen und Einkommenspotenziale der Energiewende und der Klimaschutzbemühungen (Agroforst, Agri-PV, Wind im Wald und Eiweißpflanzen) sowie der regionalen Direktvermarktung liegen. Die regionale Direktvermarktung und die Dezentralisierung von Verarbeitungsbetrieben sind wichtige Ansätze, um Wertschöpfung vor Ort zu generieren und den ländlichen Raum zu stärken.

CDU:

Wir stehen für die Fortführung des Niedersächsischen Wegs – dazu gehört im Wesentlichen die Weiterentwicklung zu einem „Gesellschaftsvertrag für die Landwirtschaft“, der die Anforderungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft erfüllt. Es gilt, den Blick für strukturelle Abhängigkeiten zu schärfen und Potenziale der regionalen Landwirtschaft zu aktivieren. Aus diesen Gründen fördern wir Landwirtinnen und Landwirte mit Agrarprogrammen, wollen aber gleichermaßen dazu beitragen, Landwirtschaft von den praxisfernen und bürokratischen Regularien zu befreien.

FDP:

Die Entwicklung und Etablierung neuer Wertschöpfungsketten (Energie / nachwachsende Rohstoffe) wollen wir unterstützen und stärken, indem wir die landwirtschaftliche Produktion mit innovativer Forschung und Entwicklung sowie industriellen Nutzern landwirtschaftlicher Produkte vernetzen. Ausgehend von dem Leitbild der unternehmerischen Landwirtschaft stehen wir für eine Politik, die verlässliche Rahmenbedingungen setzt und einfordert. Die niedersächsische Landwirtschaft muss sich auch künftig im europäischen und internationalen Wettbewerb behaupten können.

Grüne:

Die Umwidmung der Direktzahlungen hin zur Honorierung von Umwelt- und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft ist ein zentraler Baustein zur Finanzierung der Agrarwende. Wir müssen unseren hohen Konsum tierischer Produkte in den Industrieländern verringern, die Reduzierung der Tierhaltung voranbringen und die regionalen Kreisläufe stärken, damit in anderen Teilen der Welt wieder mehr Lebensmittel für die lokale Bevölkerung und weniger Futtermittel für Tiere bei uns angebaut werden. Mit einem Agrarstrukturgesetz stellen wir sicher, dass ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe sowie Genossenschaften, die landwirtschaftliche Nutzflächen an Biobetriebe verpachten, ein starkes Vorkaufsrecht gegenüber außerlandwirtschaftlichen Investor*innen haben.

AfD:

Die AfD tritt für eine „heimische“ Landwirtschaft ein. Landwirtschaftliche Flächen sollen der Nahrungsmittelpro-

duktion dienen und nicht zunehmend für andere Zwecke herangezogen werden. So lehnen wir jegliche Form der Bodenspekulation durch international tätige Konzerne und den vermehrten Anbau von Biomasse zur Energiegewinnung ab. Die EU-Subventionen nach dem Gießkannenprinzip sowie bürokratische Überreglementierungen sind Schritt für Schritt zurückzuführen.

Energie:

SPD:

Wir haben uns im Niedersächsischen Klimagesetz das Ziel gesetzt, den Energiebedarf des Landes bis 2040 bilanziell aus 100 Prozent erneuerbaren Energien zu decken. Um die gesteckten Ausbauziele zu erreichen, werden wir im Landesraumordnungsprogramm (LRÖP) sowie in der Niedersächsischen Bauordnung den Gestaltungsspielraum vollumfänglich ausnutzen, um die notwendigen Flächen für den Ausbau bereitzustellen. Es ist ein Flächenziel von 2,1 Prozent bei Windkraft und 0,5 Prozent bei Freiflächen-PV vorgesehen. Der Atomausstieg ist für uns unumkehrbar.

CDU:

Wir werden den Ausbau der Windkraft im Wald stärken. Ausgeschlossen werden sollen dabei Waldflächen mit festgelegten Schutzgebietskulissen. Wir stehen für die Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung – dazu gehören Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, Biogas als Speichertechnologie zu nutzen.

Grüne:

Unsere Vision: 100 Prozent Klimaschutz, 100 Prozent erneuerbare Energien und die Halbierung des Energieverbrauchs. Dies wollen wir umsetzen. Ohne norddeutsche Windkraft kann die Energiewende nicht gelingen.

Heute sind Biogasanlagen ein wichtiger Bestandteil des erneuerbaren Energiemixes. Eine weitere Ausdehnung der Flächen für den Energiepflanzenanbau wollen wir verhindern.

Energie aus Biomasse ist mittel- bis langfristig vordringlich zum Ersatz fossiler Brennstoffe im Prozesswärme- und im Verkehrsbereich sinnvoll, da diese Energieform anders nur schwer bereitzustellen ist.

FDP:

Den Bau von Windkraftanlagen in intakten Waldgebieten lehnen wir ab. Beim Bau von Stromtrassen muss eine dauerhafte und angemessene Kompensation des Flächenverlustes durch den Netzbetreiber erfolgen.

AfD:

Den weiteren Ausbau der Windenergie in Deutschland lehnen wir ab. Er bringt mehr Schaden als Nutzen. Windenergieanlagen sind nur noch ausnahmsweise an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten sind.

Klima / Umwelt:

SPD:

Die Neuversiegelung von Böden werden wir im Sinne eines besseren Stadtklimas und zur Vorbeugung von Starkregen und Hochwasser bis 2030 auf unter drei Hektar pro Tag reduzieren und bis 2050 beenden (Netto-Null). Wir unterstützen und fördern eine klimaschonende Bodenbewirtschaftung über Carbon farming oder Agroforstsysteme. Durch Renaturierung von Mooren und Wäldern sollen mehr Treibhausgase gebunden werden.

Wir werden die finanzielle Absicherung der Schutzgebietsbetreuung für NATURA-2000-Gebiete und Naturschutzgebiete durch ökologische Stationen und eine Vernetzungsstelle NATURA 2000 sicherstellen.

Unser Ziel ist ein ganzheitliches, integriertes Wassermengenmanagement, das wir in der Erarbeitung eines „Generalplans Wassermengenmanagement“ zusammenzuführen ist.

CDU:

Wir unterstützen nachhaltige Maßnahmen zur Speicherung und Einlagerung von CO₂ in der Land- und Forstwirtschaft, wie das sogenannte Carbon Farming. Dies ist in Anlehnung an die CO₂-Bepreisung finanziell zu fördern. Durch die Stärkung des Vertragsnaturschutzes mit Flächeneigentümern wollen wir das Artensterben und den Verlust der Biodiversität verringern.

Wir setzen uns dafür ein, dass die vierprozentige entschädigungslose Stilllegung von Ackerflächen in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023 dauerhaft ausgesetzt wird. In der aktuellen Situation ist es wichtiger denn je, Menschen mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Grüne:

Angesichts der Klimakrise und des Artensterbens ist es das falsche Signal, die ökologische Wende der Landwirtschaft auszusetzen. Das Aussetzen der Flächenstilllegung in der EU ist eine Scheindebatte, die keinen effektiven Einfluss auf die Sicherung der Welternährung hat.

Die Lachgas- und Methanemissionen der Landwirtschaft wollen wir deutlich senken: durch eine Reduzierung der Stickstoffdüngung, einen Ausstieg aus der Massentierhaltung, effektivere Kontrollen der ordnungsgemäßen Düngung und eine Stärkung des Ökolandbaus.

Die Zuständigkeit für die Umsetzung von Umweltauflagen wie beispielsweise Düng- und Pflanzenschutzrecht planen wir von der Landwirtschaftskammer, die als Selbstverwaltungsorgan der Landwirtschaft gleichzeitig hoheitliche Kontrollaufgaben wahrnimmt, auf eine andere Landesbehörde zu übertragen.

FDP:

Zur einheitlichen Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie werden wir eine Bundesratsinitiative zur europäischen Vereinheitlichung der Nitratmessstellen auf den Weg bringen. Flächenbezogene Verbote sind schnellstmöglich aufzuheben.

Eine Reduzierung des Fleischkonsums kann vielerorts einen positiven Beitrag für Klimaschutz und Gesundheit leisten. Vor allem sehen wir uns aber in der Pflicht, die niedersächsische Fleischwirtschaft bei dieser Transformation zu unterstützen. So liegen beispielsweise enorme wirtschaftliche Potentiale in der Herstellung und weiteren Erforschung so genannter Fleischersatzprodukte.

AfD:

Naturschutz darf nicht zu Lasten der Menschen gehen. Es muss aber im Meer genau wie zu Lande auch Gebiete geben, in denen die Natur völlig sich selbst überlassen bleibt. Diese nutzungsfreien Zonen sichern das Überleben von vielen seltenen Pflanzen- und Tierarten.

Verbraucherschutz / Nahrungsmittelsicherheit

SPD:

Über Jahrzehnte hat sich ein System etabliert, das dem Lebensmitteleinzelhandel eine Monopolstellung bei der Gestaltung der Lebensmittelpreise ermöglicht. Die Devise „Der günstigste Preis entscheidet“ hat bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ein hohes Preisbewusstsein entwickelt. Wir werden gegensteuern und einen verlässlichen Pfad zu mehr Fairness und Transparenz in der Wertschöpfungskette entwickeln.

CDU:

Veränderte gesellschaftliche Erwartungen an landwirtschaftliche Produkte wie Regionalität, mehr Tierwohl und Verzicht auf Pestizide machen neue Ansätze beim Vertrieb und Marketing notwendig. Es müssen klare Herkunftskennzeichnungen für landwirtschaftliche Produkte, auch in verarbeiteten Lebensmitteln, etabliert werden, damit Verbraucherinnen und Verbraucher regionale Produkte leichter erkennen und kaufen können.

FDP:

Effizienter Pflanzenschutz und moderner Gentechnikrecht: Wir wollen ein beschleunigtes Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert,

sowie ein Update für das EU-Gentechnikrecht.

Grüne:

Mit uns bleibt Niedersachsen nicht nur auf dem Acker gentechnikfrei, denn die Förderung von kommerzieller Forschung zur grünen Gentechnik mit öffentlichen Mitteln lehnen wir ebenfalls.

AfD:

Die AfD spricht sich, bis zur fundiert nachgewiesenen Unschädlichkeit für Mensch und Tier, ausdrücklich gegen den Einsatz des von der WHO als wahrscheinlich krebserzeugend eingestuften Glyphosat beim Pflanzenschutz aus. Der Einsatz von Gentechnik in Medizin und Landwirtschaft ist nur nach sorgfältigster Prüfung durch benannte Stellen in klar definiertem Rahmen zu genehmigen. Daher setzt sich die AfD dafür ein, die Abhängigkeit unserer Nahrungsmittelversorgung von wenigen multinationalen Großkonzernen zu verringern.

Tierhaltung:

SPD:

Für mehr Tierwohl in der Nutztierhaltung unterstützen wir die Empfehlungen der Borchert-Kommission zum Umbau der Nutztierhaltung und werden uns auf Bundesebene für die Ausgestaltung der Finanzierung und die planmäßige Umsetzung einsetzen.

CDU:

Wir wollen einen Gesellschaftsvertrag für die ländlichen Räume auf Basis der Borchert-Kommission abschließen. Für die Umsetzung bedarf es einer dauerhaften und verpflichtenden Tierwohlabgabe zur Finanzierung des Mehraufwandes. Das Baurecht muss angepasst werden, um Tierwohl zu priorisieren und Zielkonflikte zum Emissionsschutz aufzulösen und damit für schnellere Umsetzung im Sinne des Tierwohls zu sorgen.

Grüne:

Wir wollen ein Förderprogramm auflegen, das auf freiwilliger Basis eine Diversifizierung der Betriebe durch dauerhafte (Teil-)Um- und Ausstiege aus der Tierhaltung auf andere landwirtschaftliche Betriebszweige ermöglicht, sofern damit kein Einstieg in andere Intensivtierhaltungsformen verbunden ist.

Wir wollen die Haltung mit Stroheinstreu und Zugang zu Außenbereichen zum Standard in Niedersachsen machen. Die Anbindehaltung von Rindern wollen wir auch in Niedersachsen endlich beenden.

FDP:

Das Bau- und Immissionschutzrecht muss auf die Möglichkeit zum Um- oder Neubau von Ställen angepasst werden.

AfD:

Die AfD setzt sich für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze ein. Tiere sind Mitgeschöpfe und keine Sachgegenstände. Als fühlende Wesen haben Tiere ein Recht auf eine artgerechte Haltung im privaten wie im kommerziellen Bereich.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landvolk Niedersachsen
Kreisverband Lüneburger Heide e. V.
Geschäftsführung:
Henning Jensen (VidP), Werner Maß
Redaktion:
Cord-Christian Precht
Anschrift:
Düshorner Straße 25,
29683 Bad Fallingb.,
Tel.: 05162 903-100
Fax: 05162 903-139

Mail: info@lv-lueneburger-heide.de
Verlag, Satz und Layout:
Verlag LV Medien GmbH
Hauptstraße 36-38, 28857 Syke
Druck:

Bruns Druckwelt GmbH & Co. KG,
Minden
Erscheinungsweise monatlich.
Für Mitglieder des Landvolks
Lüneburger Heide kostenlos.

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und nicht unbedingt der Redaktion, die sich Sinn wahrende Kürzungen von Manuskripten und Leserbriefen vorbehalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Die Leseranschriften sind computer gespeichert. Im Falle höherer Gewalt und bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Entschädigung.

FEUERVERSICHERUNGSVEREIN SOLTAU
und Securas Soltau GmbH

EIN VEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT

Ihre persönliche Beratung ist uns wichtig!



- Unabhängig seit 1874
- aus der Region für die Region
- Ihr Partner in allen Versicherungsfragen
- Umfangreicher Versicherungsschutz für Privat und Landwirtschaft

Mühlenstraße 1
29614 Soltau
Tel.: 0 51 91/7 08 22

info@feuerversicherungsverein-soltau.de
www.feuerversicherungsverein-soltau.de

Die Sonne bringt es an den Tag

Wasserentnahme im Fuhrberger Feld entzieht den Wäldern die Lebensgrundlage



Das Blanke Flatt in der Gemarkung Vesbeck am 15. Juni 2014 ...



... und das selbe Gewässer im Februar 2022.

Fotos: Reichenbach

Lüneburger Heide (ccp). Plötzlich wird zur gnadenlosen Gewissheit, was sich über Jahre hinweg in den Wäldern anbahnte. Die Rede ist vom Fuhrberger Feld: Das mit rund 30.400 Hektar Fläche größte Wasserschutzgebiet Norddeutschlands stellt bei einer Wasserentnahme von etwa 36 bis 40 Millionen Kubikmetern jährlich die Trinkwasserversorgung der Region Hannover sicher - und die Forstwirte der Region vor riesige Probleme. Hektarweise geraten selbst anspruchsvolle Kiefernbestände in Existenznot, nachdem die Fichte schon lange aus dem Landschaftsbild verschwunden ist. Der sinkende Grundwasserstand und vor allem die starke Absenkung in den Sommermonaten überfordern die Widerstandskraft der Bäume. Schadorganismen wie Pilze und Käfer breiten sich in den geschwächten Wäldern aus und führen zum Absterben der Bestände. Tatenlos müssen Waldbauern zusehen, wie ein Generationenwerk vergeht.

Umso aktiver schlagen die betroffenen Waldbesitzer jetzt in der Öffentlichkeit Alarm. In mehreren Podiumsdiskussionen mit Vertretern des Umweltministeriums und des Wasserversorgers Enercity schilderten sie die Dramatik der Lage - unterstützt durch eine Fotoausstellung, die den Fortgang der Entwicklung in erschreckender Deutlichkeit dokumentiert.

Dabei besteht schon seit über 30 Jahren ein Bewusstsein dafür, dass Grundwasserentnahme nicht zum Nulltarif zu haben ist. Seit die Wasserentnahmegebühr im Jahr 1993 eingeführt wurde, zahlte Enercity und damit auch der wasserbrauchende Kunde für die Entnahme von Grundwasser zur Trinkwasseraufbereitung rund zwei Millionen Euro pro Jahr an das Land Niedersachsen. Nach der Anhebung der Wasserentnahmegebühr zum 1. Januar 2015 hat sich die jährliche Zahlung auf rund drei Millionen Euro erhöht. Nur etwa ein Drittel davon fließt in das Fuhrberger Feld als Finanzhilfe des Landes zurück. Das Geld dient zur Finanzierung der Beratung und der Grundwasserschutzmaßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft. Davon trägt Enercity einen Eigenanteil von zehn Prozent. Für die forstlichen Maßnahmen stehen zusätzliche Mittel aus der regulären waldbaulichen Förderung des Landes zur Verfügung.

Aber die Maßnahmen reichen nicht aus, um den schleichenden Tod vieler Waldbestände zu verhindern. „Der hydrogeologische Kreislauf ist empfindlich gestört“, heißt es in kühler Fachsprache. Dahinter verbirgt sich eine Entwicklung, die eigentlich gar keiner fachlichen Expertise bedürfte:

Vor allem in Wohn- und Gewerbegebieten wird unregelmäßig anfallendes Niederschlagswasser zügig über Bäche und Flüsse abgeleitet. Die Niederschlagsüberschüsse stehen folglich dem lokalen Wasserkreislauf nicht mehr zur Verfügung. In Trockenwetterperioden macht sich dies durch lokale Defizite

im oberflächennahen Wasserdargebot bemerkbar. Eine klimabedingte Verschiebung der Niederschläge in die Wintermonate verstärkt die allgemeine Problematik. Kommt eine massive Entnahme von Grundwasser hinzu - wie im Fuhrberger Feld - dann nähert sich das System allmählich dem Kollaps.

In bisher fünf Veranstaltungen, die von den Interessenvertretungen der Waldbesitzer organisiert wurden, hinterfragten die Teilnehmer immer wieder, warum mögliche Strategien zur Entlastung der Region bisher nicht wirklich engagiert verfolgt wurden. Da geht es um den vermehrten Bezug von Trinkwasser aus dem Harz, um Konzepte zur Speicherung von Regenwasser aber in erster Linie um die Rückführung von gereinigtem Abwasser, das jetzt nach Aufbereitung in den Klärwerken auf direktem Weg in die Nordsee geleitet wird. Die Antwort klingt schmerzlich: Auch wenn das Projekt technisch möglich erscheint, offenbart sich ein Dickicht von gesetzlichen Normen, die es zumindest derzeit nicht zu erlauben scheinen, geklärtes Wasser zur Hebung des Grundwasserspiegels einzusetzen. Selbst wenn eine weitere - vierte - Reinigungsstufe zur Filterung u.a. von Mikroplastik eingebaut würde, bestünden gesetzliche Widerstände.

Eine zweite Variante zur Grundwasserstärkung besteht in der saisonal abgestimmten Einleitung von Oberflächenwasser. Der Fuhrberger Landwirt Hermann Wöhler, Vorsitzender des Vereins Waldeigentümer im Absenkungsgebiet Fuhrberger Feld e. V., verwies auf das bereits 1979 von Enercity geplante, aber nicht umgesetzte Örtze-Projekt, wo zum Ausgleich des Grundwasserdefizites die Einleitung von jährlich 40 Millionen Kubikmeter Oberflächenwasser ins Einzugsgebiet vorgesehen waren. „Die Rückführung von Flusswasser z. B. aus Wietze, Aller und Leine gehört als Lösungsalternative in den wasserrechtlichen Antrag“, erklärte Wöhler. „Es liegt ein hoher Handlungsbedarf vor, der ein umfangreiches Förderprogramm benötigt.“

Das Versorgungsunternehmen Enercity - früher Stadtwerke Hannover - erzählt die Geschichte ein bisschen anders. Hier heißt es sinngemäß: Wir haben die Förderung weitgehend konstant gehalten. Die Gewinnung von Trinkwasser hat das Dilemma nicht ausgelöst, dies wird vielmehr durch Trockenheit und Dürre getriggert. Eine Speisung des Grundwassers sei daher wenig hilfreich.

Hermann Wöhler führt dagegen einen Vergleich mit anderen Regionen ins Feld, die ähnliche Bodenverhältnisse aufweisen. Seine Kronzeugen sind die alten Eichen im Fuhrberger Feld. Es sind gespenstische Skelette, deren Borke sich langsam ablöst. „Dieses Schadbild sehen wir so massiv nur hier“. Den alten Bäumen gelingt es immer weniger, mit ihren Wurzeln in tiefere Schichten vorzudringen und Wasserreserven zu erschließen. Nachdem sie ein paar Sommerperioden dem Mangel getrotzt

haben, ist die Widerstandsfähigkeit gebrochen und der Saftstrom versiegt. Auch den Buchen, die millionenfach zur Steigerung der Grundwasserbildung gepflanzt wurden, kann dasselbe Schicksal drohen, wenn sie ein Alter von 50 bis 60 Jahren überschritten haben.

Seit einigen Jahren sind diese Erscheinungen nicht auf das Wasserschutzgebiet Fuhrberger Feld beschränkt. Das Trinkwassereinzugsgebiet ist etwa doppelt so groß und auch hier spürt man die Folgen der Wasserentnahme. Besonders betroffen sind Flächen des Heidekreises mit der Samtgemeinde Schwarmstedt. Von der Ortschaft Lindwedel aus, wo etwa seit 60 Jahren aus zwei Horizontalbrunnen Wasser geför-

dert wird, erstreckt sich eine Fläche in Richtung Norden, die bisher noch nicht in die Schadkulisse einbezogen wurde. Hier setzen sich die Interessenvertreter intensiv für eine Berücksichtigung bei der Schadensbegrenzung und Regulierung ein. So wird auf Ackerflächen zum Ausgleich der entnahmebedingten Nachteile eine Entschädigung gezahlt, bei der die Schwarmstedter weitgehend leer ausgehen.

Wie die Diskussionen zeigen, stehen einer pragmatischen und zügigen Lösung der Grundwasserproblematik weitgehend juristische Hürden im Wege. Dies hat seine Ursache darin, dass die Herausforderungen des Klimawandels noch keinen Eingang in die rechtlichen Normen

gefunden haben. So genießt der Trinkwasserschutz Priorität vor einer nachhaltigen Grundwasserbewirtschaftung. „Aber was ist gewonnen“, fragt Wöhler, „wenn wir das Trinkwasser schützen, aber das Grundwasser verlieren?“

Dass dies nicht nur ein regionales Problem ist, berichtet auch Gerhard Schierhorn von der Interessengemeinschaft Grundwasserschutz Nordheide e. V. Er gibt zudem zu bedenken: „Die Probleme werden sich in Zukunft verschärfen. Der Klimawandel wirkt als Booster. Deshalb müssen wir bei der Wasserversorgung viel mehr über Nachhaltigkeit sprechen. Das Thema Kreislaufwirtschaft muss mit allen technischen Möglichkeiten tiefgreifend beleuchtet werden.“

Das **WIR** bewegt mehr

Gemeinsam die beste Energielösung finden

Ihr starker Partner in der Region.
Wir kümmern uns um die optimale Energieversorgung für Ihren Hof.

E.ON Energie Deutschland GmbH
☎ +49 871-95 38 62 19
✉ rahmenvertrag@eon.com
🌐 eon.de/gk

Humus ist der Schlüsselfaktor

Ministerin Otte-Kinast übergibt Förderbescheid für Projekt KLiFa-KlimaFarming

Lüneburger Heide (ccp). „Kommen Sie ein einziges Mal mit zu einer Veranstaltung nach Helmstedt – da wird mir die GAP links und rechts um die Ohren gehauen.“ Die Schützenhilfe erbat sich Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast von Landwirt Burkhard Fromme, der in der streitfreudigen Region einen konventionellen Ackerbaubetrieb führt und „die neuen Vorschriften der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) seit zehn Jahren erfüllt und kein Problem in der Umsetzung sieht.“

Fromme stellte sein Unternehmen anlässlich der Übergabe eines Förderbescheides über 940.000 Euro für das Projekt KLiFa-KlimaFarming vor, an dem er gemeinsam mit neun anderen Betrieben aus Niedersachsen teilnimmt. Die Ministerin war zu der feierlichen Aktion nach Ellingen (Heidekreis) gekommen, um die bereits langjährige Vorarbeit der Betriebe zu würdigen und das Projekt vorzustellen. Danach ist es Ziel des dreijährigen Verbundvorhabens, nachhaltige klimaschonende Anbaukonzepte zu erproben und humusfördernde Bodenbewirtschaftung zu demonstrieren. Außerdem will man

die Möglichkeiten neuer Geschäftsmodelle zur Honorierung von Klimaleistungen ausloten.

Die Koordination und Projektleitung übernimmt das 3N Kompetenzzentrum aus Bad Fallingb., dessen Leiterin Dr. Marie-Luise Rottmann-Meyer den symbolischen Scheck in Empfang nahm. Wissenschaftlich begleitet wird das Vorhaben durch das Institut für Bodenkunde der Leibniz Universität Hannover. Unter dem Titel „Grenzen und Möglichkeiten des Humusaufbaus im Ackerboden“ erläuterten die Wissenschaftler die zentrale Rolle der organischen Substanz im Boden: Humus ist der Schlüsselfaktor - er dient als Kohlenstoffsenke, erhöht die nutzbare Feldkapazität der Wasserspeicherung, schützt über die Verbesserung der Bodenstruktur vor Erosion, ist Habitat des Bodenlebens und speichert Nährstoffe.

Mit exakten Messmethoden werden jetzt auf den beteiligten Betrieben Anbausysteme ausgewertet, um weiterführende Erkenntnisse über Humusaufbau und Kohlenstoff-Fixierung zu gewinnen. Als vorteilhaft erweist sich bei dem Projekt, dass die Teilnehmer bereits über langjährige Erfahrung

z. B. mit der pfluglosen Bodenbearbeitung oder bei humusfördernden Düng- und Anbausystemen verfügen.

Mit dem Betrieb von Frieling (Soltau/Frielingen) und von Felde (Soltau/Wolterdingen) sind zwei der zehn Projektbetriebe im Heidekreis beheimatet. Wie Landwirt Claas von Frieling berichtete, werden auf seinem Hof seit 2009 Fasernesseln auf rund fünf Hektar Betriebsfläche für die Fasergewinnung angebaut. Im Projekt sollen nun die Humusbildung und C-Speicherung der langjährigen Dauerkultur mit sechsjährigen und neuangelegten Parzellen verglichen werden.

Der Betrieb hat damit ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal und ist für die Bodenuntersuchungen von ganz besonderem Wert. Gleichzeitig möchten man hier die Möglichkeit und das Potential prüfen, CO₂-Speicherung zu honorieren. „Dieses Anbauverfahren bietet sich geradezu an, um es im Rahmen der vierprozentigen Stilllegung einzusetzen und dadurch zusätzlich ökologische Systemdienstleistungen zu generieren“, kommentierte Otte Kinast.

Auf dem Betrieb von Felde in Wol-



Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (Mitte) übergab den Förderbescheid an Dr. Marie-Luise Rottmann-Meyer, Leiterin des 3N Kompetenzzentrums (vorn). Foto: Precht

terdingen (rotes Gebiet) ist ein Zwischenfruchtversuch angelegt, bei dem Parzellen mit verschiedenen Zwischenfruchtmischungen mit unterschiedlich hohem Leguminosenanteil ausgesät wurden. In den Parzellen variiert die Strohabfuhr und die Düngung mit Festmist aus der betriebseigenen Strohschweinehaltung. Durch den Versuch sollen folgende Versuchsfragen untersucht werden:

Führt der Entzug von Ernteresten mit weitem C/N Verhältnissen zu einer effektiveren Humusakkumulation durch mikrobiellen Prozesse?

Welchen Einfluss nimmt das Strohmanagement (Ernterest mit weitem C/N-Verhältnissen) und die Düngung auf den Aufbau stabiler Humusverbindungen aus Ernteresten?

Können Leguminosen mit engen C/N-Verhältnissen zu einer optimierten Humusanreicherung beitragen?

Die Ministerin, die den Termin mit seinen vielen optimistischen Aspekten als besonders ermutigend empfand, versprach, in drei Jahren nach Abschluss und Auswertung der Ergebnisse wiederzukommen – egal was am 9. Oktober passiert.

Die Liquidität im Blick behalten

Aber auch eine gute Kassenlage hat ihre verführerischen Tücken

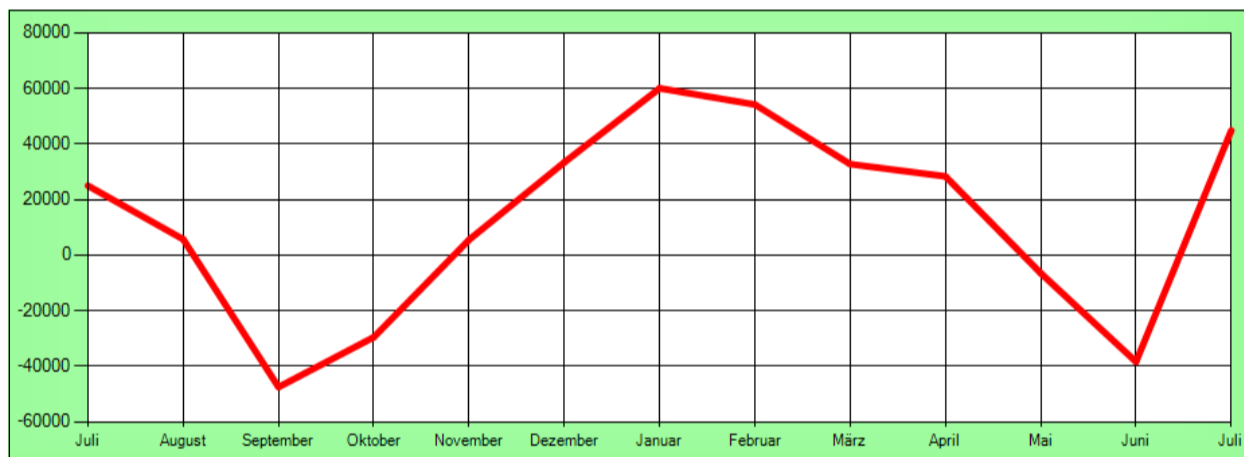


Abbildung 1: Beispiel eines Kontoverlaufes über zwölf Monate eines landwirtschaftlichen Betriebes

Lüneburger Heide (bb). Schwankende Preise, gestiegenes Kostenniveau, sich verändernde Leistungen und Erträge oder auch andere Rahmenbedingungen haben Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit einzelner Produktionsverfahren und damit auch auf die Liquidität eines Betriebes. Liquidität beschreibt die Fähigkeit des Unternehmens, den anfallenden Zahlungsverpflichtun-

gen fristgerecht und in voller Höhe nachzukommen. Eine Vorausschau der zu erwartenden Ein- und Auszahlungen dient dazu, einen Überblick und ein besseres Gespür für die Entwicklungen zu bekommen. Sie kann fortlaufend aktualisiert und ein Soll-Ist-Abgleich erstellt werden.

Bei Liquiditätsplanungen werden alle zu erwartenden Einnahmen und Aus-

gaben tabellarisch erfasst und gegenübergestellt. Empfehlenswert ist eine Vorausschau für die kommenden zwölf Monate. Da die Liquidität im Laufe eines Jahres aufgrund von Frühjahrsbestellung, Ernte, Pachtzahlungen oder Betriebsprämienauszahlung stark schwanken kann, ist eine Betrachtung auf Monatsbasis von Vorteil. Dabei sollte ebenso der Privatbereich u.a. mit Lebenshaltung, Versicherungen und Steu-

erzahlungen mit einbezogen werden. Aus der Differenz der Einnahmen und Ausgaben errechnet sich ein monatlicher Überschuss oder Fehlbetrag.

Ein Unternehmen muss jederzeit in der Lage sein, die eintreffenden Rechnungen zu begleichen. Für den Betriebsleiter ist es wichtig, Warnzeichen frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern, um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Die Liquidität geht vor der Rentabilität, was besonders in volatilen Märkten wichtig ist. Mit der Liquiditätsvorausschau wird die Entwicklung des Kontostandes aufgezeigt. Längere negative Kontostände können dabei ermittelt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Eine Planung sollte dabei nicht erst gemacht werden, wenn ein Geldengpass entstanden ist. Vorsorge treffen ist besser als nachzuarbeiten. Die aktuelle betriebliche Situation sollte kritisch und rational eingeschätzt werden, um u. a. teure Kontokorrentzinsen oder Lieferantenkredite zu vermeiden. Sollten sich Marktpreise oder Erträge und Leistungen ändern, kann dies in der Planung angepasst werden. So können die Auswirkungen auf die Liquidität aufgezeigt werden und betriebliche Entscheidungen abgeleitet werden. Dies kann der Unternehmer selbst oder mit Unterstützung eines betriebswirtschaftlichen Beraters durchführen. Zu den möglichen Entscheidungen gehört es zum Beispiel, Investitionen zu verschieben, Steuervorauszahlungen anzupassen, Preisabsicherung zu betreiben, Betriebsmittel voranzukaufen oder die Vermarktung der Ernte zeitlich zu steuern. Pauschale Empfehlungen sind aufgrund der unterschiedlichen Struktur der Betriebe und der Preis- und Mengenkombinationen schwierig, hier muss betriebsindividuell geprüft werden.

Eine wichtige Rolle spielt auch die fortlaufende Information des Kundenberaters der Hausbank. Besser ist es, selber die Initiative zu ergreifen, als auf Nachfrage der Bank aktiv zu werden. Häufig wird erst gehandelt, wenn Überziehungen aufgelaufen sind. Dies führt jedoch zu einem schlechteren Ranking bei der Bank und folglich zu einem höheren Zinsniveau. Es sollte dargelegt werden, ob ein Liquiditätsbedarf aufgrund von z.B. Investitionen, betrieblichem Wachstum, niedrigen Preisen oder hohen Kosten vorhanden ist. Auch können strukturelle Probleme eine Ursache sein, wie etwa niedrige

Erträge, schlechtes Leistungsniveau (z.B. Milchleistung, Tageszunahmen, Futtermittelverwertung) oder unrentable Betriebszweige. Sollten strukturelle Probleme vorhanden sein, muss man sich diesem stellen und Verbesserungen herausarbeiten, um Kosten zu sparen und/oder Erlöse zu steigern. Die Erzeugung optimieren, also die Rentabilität zu verbessern schafft Liquidität. Als regelmäßige Erfolgskontrolle können Betriebszweigauswertungen dienen.

Problematisch sind nicht nur Engpässe auf dem Konto. Auch in wirtschaftlich guten Zeiten mit Liquiditätsüberschüssen kann einiges schief laufen bzw. die falschen Entscheidungen getroffen werden. In guten Phasen sollte für schlechte Phasen vorgesorgt werden, indem Rücklagen gebildet werden. Bedacht werden sollten auch die Steuererzahlungen, welche in der Regel zeitversetzt gezahlt werden müssen. Hier bietet sich die Möglichkeit, in Abstimmung mit dem Steuerberater die Steuervorauszahlungen anzupassen, um nicht in Niedrigpreisphasen von Steuernachzahlungen aus Hochpreisphasen überrascht zu werden.

Geld auf dem Konto zu haben verleitet zum Geld ausgeben. Investitionen werden zum Großteil vom laufenden Konto getätigt. Lassen sich in erfolgreichen Jahren Kapitaldienste gut bewältigen, führen zu kurze Darlehenslaufzeiten, welche nicht an die Nutzungsdauer der Investition angepasst sind, zu einem Aufbau kurzfristiger Verbindlichkeiten mit einem deutlich schlechteren Zinssatz. Grundsätzlich ist zu empfehlen, dass die Darlehenslaufzeit an die Nutzungsdauer angepasst ist. Sollte ein Liquiditätsüberschuss vorhanden sein, können Sondertilgungen bei Darlehen in Betracht kommen. Sicherlich sind auf einigen Betrieben auch noch Finanzlöcher aus wirtschaftlich schwächeren Jahren zu stopfen.

Zusammengefasst: Liquidität geht vor Rentabilität. Die Zahlungsfähigkeit im Blick zu haben und zu steuern ist eine wichtige Betriebsleiteraufgabe. Die vorausschauende Kontenplanung ist weiterhin ein Instrument zur Stabilisierung des Unternehmens und trägt dazu bei, volatile Preise, Kosten und Leistungen abzufedern und einen besseren Überblick über die Zahlen zu bekommen. Frühzeitig selber aktiv werden und nicht erst reagieren müssen, wenn es zu spät ist, bietet mehr Handlungsspielraum in der Unternehmensführung.

Wir sind eine Steuerberaterkanzlei und betreuen mittelständische Unternehmen sowie Privatpersonen in steuerlichen sowie betriebswirtschaftlichen Fragestellungen.

Wir suchen

für den Tätigkeitsschwerpunkt Jahresabschlüsse und Steuererklärungen

Steuerfachangestellte (m/w/d)
oder
Steuerfachwirte (m/w/d)

mit fundierten steuerlichen, buchhalterischen und soliden DATEV- und EDV-Kenntnissen.

Das bieten wir

- Teilzeit- oder Vollzeitstelle
- flexible Arbeitszeitgestaltung
- eine zukunftssichere, entwicklungsfähige Position
- sofortiger Beginn oder nach Absprache
- regelmäßige Fortbildung
- leistungsorientierte Vergütung und 13. Monatsgehalt
- 30 Tage Urlaub

Wenn Sie Lust auf eine neue Herausforderung haben, dann werden Sie Teil unseres Teams. Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung mit Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung, Ihres möglichen Arbeitsumfanges und des frühestmöglichen Einstiegstermins.



LVBL Steuerberatungsgesellschaft mbH
Herr Reinhard Asche, StB
Düshorner Str. 25, 29683 Bad Fallingb. b. S.
Tel. 05162/903-200
E-Mail: reinhard.asche@lvbl.de



2022 ist ein Wespenjahr

Zerstäuber mit Wasser eignen sich zur einfachen Abwehr

Lüneburger Heide (ccp). Es scheint nicht nur so: 2022 ist ein Wespenjahr. Den Grundstein dafür legte schon der milde Winter, in dem vergleichsweise viele Königinnen überleben konnten. Im Mai und Juni setzten sich die guten Bedingungen fort, als die Insekten die Trockenheit zum erfolgreichen Nestbau nutzten. Gleichzeitig vermehrten sich auch die Beuteinsekten der Wespen, sodass sie gute Jagdgründe fanden.

Folge war eine reiche Nachkommenschaft, die den weiteren Bau des Nests voranbrachte und ab Juni wuchsen die Völker immer schneller.

Nach der Brutzeit ändern Wespen ihre Nahrungssuche. Während sie bis etwa Mitte August hauptsächlich von einem Zuckersaft zehren, den ihr Nachwuchs produziert, müssen sie danach externe

Quellen aufsuchen – und die finden sie neben Fallobst vor allem in süßen Lebensmitteln wie Kuchen und Marmelade. Die momentane Dürre führt dazu, dass Wespen immer weniger Wasser finden. Auch das zwingt sie, ihre Futtersuche zu erweitern – und dem Menschen nahezukommen.

Um Wespen fernzuhalten, gibt es viele Empfehlungen. Gut und einfach ist es, die Tiere mit zerstäubtem Wasser zu besprühen. Die Tiere reagieren dann wie auf einen Regenschauer und ziehen sich in ihr Nest zurück.

Die Gemeine und die Deutsche Wespe fällt laut dem Bundesnaturschutzgesetz unter den allgemeinen Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen. Das heißt, man darf sie nicht ohne vernünftigen Grund fangen, verletzen oder gar töten. Aber natürlich darf man sich zur Wehr setzen.



Gert Rehwinkel, Enkel des ehemaligen Bauernpräsidenten, die Techniker Friedrich Köster und Hans-Ulrich Schmidt sowie der Oelstorfer Landwirt Jürgen Petersen (v. l.) freuen sich über den restaurierten Hanomag.
Foto: Kiekeberg

Rehwinkels Hanomag wieder startklar

Freilichtmuseum am Kiekeberg stellt Neuzugang vor

Rosengarten-Ehestorf (lv). Das Freilichtmuseum am Kiekeberg stellt einen bemerkenswerten Neuzugang vor: Den Hanomag-Schlepper R40 aus dem Baujahr 1946. Der Trecker gehörte einst Edmund Rehwinkel (1899-1977), der von 1959 bis 1969 Präsident des Deutschen Bauernverbandes war und von 1947 bis 1971 das Amt des Präsidenten des Niedersächsischen Landvolks bekleidete. Die ehrenamtliche Technik-AG des Museums setzte das historische Fahrzeug in diesem Jahr erstmals wieder in Betrieb.

Museumsdirektor Stefan Zimmermann freut sich sehr über das einmalige Exponat für die agrartechnische Sammlung des Freilichtmuseums am Kiekeberg: „Der Neuzugang ist für uns ein echter Glücksfall. Mein großer Dank geht an die ehrenamtliche Technik-AG des Freilichtmuseums, die viel Zeit und Mühe verwendet haben den Schlepper zu restaurieren und sogar wieder fahrtüchtig zu bekommen. Wahrscheinlich ist das Fahrzeug sogar eines der ersten Exemplare des R40, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Hanomag produziert wurden. Damit ist es nicht

nur ein wichtiges Stück Geschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit, sondern es bringt auch eine äußerst interessante Nutzergeschichte mit sich.“

Edmund Rehwinkel schaffte den Hanomag R40 1946 für seinen Hof in Westercelle an. 1971 wurde der Trecker stillgelegt und in einer Scheune abgestellt. Der Oelstorfer Landwirt Jürgen Petersen, der in Kindheitstagen mit dem Enkel des Agrarpolitikers, Gert Rehwinkel, viel Zeit verbrachte, überführte den Scheunenfund 2002 auf seinen eigenen Hof. An der Hauptschule in Salzhausen wurde der Schlepper danach in einem Schülerprojekt von Neuntklässlern teilweise restauriert. 2020 übergab Jürgen Petersen das historische Fahrzeug an das Freilichtmuseum am Kiekeberg.

Die Firma Hannoversche Maschinenbau AG, bekannt unter dem Namen Hanomag, wurde 1871 in Hannover gegründet und stellte vorwiegend Nutzfahrzeuge, darunter Ackerschlepper, Zugmaschinen und Lastkraftwagen her. Im Original lieferte Hanomag den R40 1946 mit Stahlbereifung an Edmund Rehwinkel. Heute ist das historische Fahrzeug am Kiekeberg mit Gummireifen ausgestattet.

Hundstage bellen nicht

Ein Stern gab ihnen den Namen

VON HINRICH EGGERS

Ob eine Getreideernte im Jahr 2022 gut oder mäßig ausgefallen ist, war von Faktoren wie Bodenbeschaffenheit, Düngung, Feuchtigkeit, Saatgut und Erntezeitpunkt abhängig. Auf die Getreideernte vor etwa 70 Jahren nahmen dem damaligen Gutdünken zufolge auch die sogenannten Hundstage einen Einfluss. Welche Bedeutung dieser Zeitraum für die handgemachte Wetterkunde hatte, erfährt man zum Beispiel im Biologiebuch „Bauernnaturgeschichte“ von Heinrich Grupe, das 1952 in 5. Auflage erschienen ist.

„Als das gesamte Getreide noch mit der Sense geschnitten wurde, standen die Mäher schon in der Morgendämmerung auf dem Feld. Sie schrieben dem Stern, der um diese frühe Stunde am östlichen Horizont am hellsten funkelte, eine besondere Bedeutung zu. Es ist der Sirius oder Hundstern. Unter diesem Himmelszeichen stehen die nach ihm benannten Hundstage, die kalendermäßig am 23. Juli, also etwa um die Zeit des Ernteanfangs, beginnen und bis zum 23. August dauern.“

Man brachte im Altertum diese auffällige Himmelserscheinung in Verbindung mit der großen Hitze im Hochsommer, denn der Hundstern ist der hellste Fixstern. Da er seinen Tageslauf in der Morgenfrühe antritt und mit der Sonne zusammen am Himmel entlangwandert, so muss seine Glut, so glaubte



Fotos Hinrich Eggers

man, die Sonnenglut noch verstärken. Die Wissenschaft hat jedoch längst erwiesen, dass das ein Irrtum ist. Wohl hat der Sirius den vierfachen Umfang der Sonne, eine Oberflächenwärme von elftausend Grad und eine sechszwanzigmal stärkere Lichtstrahlung als sie, aber dafür ist auch seine Entfernung von der Erde sehr viel weiter als die der Sonne, so dass die Wärmemenge, die wir von ihm erhalten, verschwindend gering ist. Das Wetter an den Hundstagen macht die Sonne und nicht der Hundstern.

Im Mittelalter fiel sogar der Gottesdienst an den Hundstagen aus. Man scheute sich auch, in diesen Wochen Hochzeit zu feiern, weil man glaubte, es gäbe dann in der Ehe nur Kreuz und Ungemach.

Gleich in den Beginn der Hundstage fällt der Jakobstag (25. Juli), dem sowohl für das kommende Wetter als auch für die Ernte eine besondere Bedeutung zugeschrieben wurde. Die christliche Legende hat auf ihn Wesenszüge des Germanengottes Thor übertragen, der als der Beschützer des Ackers und der Ernte verehrt wurde. Der Kornbauer sagt: „Ist's schön an Sankt Jakobitag, viel Frucht man sich versprechen mag“, und der Weinbauer wünscht sich gleichfalls gutes Wetter, denn: „Wenn's um Jakobi regnet, ist der Most nicht sehr gesegnet.“

Die Zeichen der Natur haben Bauern wie Winzer seit ewigen Zeiten zu deuten versucht. Ungezählte Regeln sind so entstanden – und wenn sie zutreffen, sagen wir: Siehste wohl – und wenn nicht, ist's der Klimawandel.

Jetzt Konto eröffnen!

Am liebsten ernte ich Vorteile!
Mein Konto zahlt mir Geld zurück!

VR Prime Businesskonto
Wir machen den Weg frei.

VR Prime Bonusprogramm
Alle Infos unter: vblh.de/firmenbonus

Volksbank Lüneburger Heide eG

Die schönsten Bilder sind gekürt

16 Fotos für das Landvolkhaus in Buchholz



1. Sieger, Hinrich Eggers, Sonnenlicht



2. Sieger, Helmut Beutel, Aufbruch am frühen Morgen

Lüneburger Heide (lv). ... und die Gewinner sind: Hinrich Eggers, Helmut Beutel und Edith Schröder. Die von ihnen eingesandten Fotos haben die meisten Stimmen bei der Wahl im Buchholzer Landvolkhaus auf sich vereinigt.

Nach dem Aufruf in unserer Zeitung hatten Leserinnen und Leser insgesamt 60 Bilder eingesandt, um an einem kleinen Fotowettbewerb teilzunehmen. Ziel war es, die schönsten Bilder auszuwählen und damit die noch kahlen Wände im Landvolkhaus in Buchholz zu verschönern. Inzwischen zierten

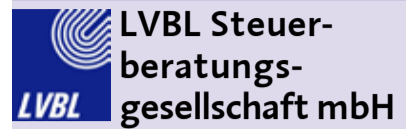


3. Sieger, Edith Schröder, Windmühlen im Abendrot bei Harmelingen

Ausdrucke aller 60 eingegangenen Exponate das Haupttreppenhaus des Bürogebäudes und die Mitarbeiter haben per Stimmzettel ihr Votum abgegeben.

Die drei Bilder mit der höchsten Stimmzahl lagen nach Auszählung eng beieinander: Eggers 15 – Beutel 13 – Schröder 12 Stimmen. Die Werke werden auf eine große Leinwand gezogen und zieren künftig die Konferenzräume im Buchholzer Landvolkhaus. Die in der Wertung folgenden 13 Fotos werden auf eine kleinere Leinwand gezogen und in den Fluren ausgestellt.

LVBL vor Ort



- **Geschäftsstelle Bad Fallingbostal**
Düshorner Straße 25
29683 Bad Fallingbostal
Tel.: 05162 903-100
Fax: 05162 903-139
Mail: buero.fallingbostal@lvbl.de
- **Geschäftsstelle Buchholz i. d. N.**
Am langen Sal 1
21244 Buchholz i. d. N.
Tel.: 04181 13501-300
Fax: 04181 13501-324
Mail: buero.buchholz@lvbl.de

Landvolk vor Ort



- **Geschäftsstelle Bad Fallingbostal**
Düshorner Straße 25
29683 Bad Fallingbostal
Tel.: 05162 903-100
Fax: 05162 903-139
Mail: infofb@lv-lueneburger-heide.de
- **Geschäftsstelle Buchholz i. d. N.**
Am langen Sal 1
21244 Buchholz i. d. N.
Tel.: 04181 13501-0
Fax: 04181 13501-324
Mail: infofbu@lv-lueneburger-heide.de



Genossenschaften mit Tradition für die Zukunft!



www.heidesand.de



www.centralheide.de



www.raisa.de